

Courier

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Eingel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1 M.
Der Courier ist in die Postzustellungliste eingetragen.

Redaktion und Exped.: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-11 Uhr Vorm., 3-7 Uhr Nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Aufschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 23.

Berlin, den 8. November 1903.

7. Jahrg.

Auf zur Landtagswahl in Preußen!

Zum ersten Male tritt die Arbeiterschaft im größten deutschen Bundesstaats, in Preußen, an die Wahlurne. Es gilt Arbeitervertreter in das Parlament der potenzierten Reaktion zu entsenden, die dort die Stimme der Freiheit, der Wahrheit, der Aufklärung erheben und der Rückwärtserei ein energisches „Halt“ und „Rehr!“ zurufen. Durch das miserabelste aller Wahlsysteme glauben die herrschenden Klassen einen für die Arbeiterklasse unübersteigbaren Damm errichtet, letztere dauernd von der Vertretung im Landtage ausgeschlossen zu haben. Die junkerlichen Finstlerlinge haben sich geirrt. Die Arbeiterklasse scheint vor keinem Hindernis zurück, für sie ist auch die chinesische Mauer des Dreiklassenwahlrechtes keineswegs unübersteigbar. Fähe und ausdauernd, wie die Arbeitermassen nun einmal sind, werden sie auch hier Breche zu legen wissen und durch die Breche dann den Sturm auf die verpestete preussische Chineserei unternehmen.

Keine Zwingburg der Reaktion kann der vorwärtsstrebenden Arbeiterklasse auf die Dauer widerstehen, auch der preussische Landtag nicht. Wir wollen die rote Freiheitsfahne in der muffigen Atmosphäre des preussischen Klassenparlamentes aufpflanzen, und was die Proletarier wollen, das führen sie auch durch. Den Sonnenbrand der Aufklärung und des strahlenden Lichts wollen die Arbeitsmänner in den Ständesaal tragen, um dort die Fledermäuse und Nachtvögel des finstlichsten Herrtums zu verstreuen.

Wir, die Handels- und Transportarbeiter, haben ein besonderes Interesse daran, daß der preussische Landtag nicht ewiglich eine unbeschränkte Domäne mittelalterlicher Junkersfahne bleibt. Wir haben es noch nicht vergessen, welche Stellung beispielsweise die preussische Regierung im Jahre 1900 zum großen Berliner Straßenbahnstreik im Landtage eingenommen hat.

Wir haben Abrechnung versprochen, jetzt ist die Zeit dazu gekommen.

Damals hatten sich preussische Minister eine Interpellation im Landtage bestellt und sie antworteten dann darauf wie folgt:

Minister Freiherr von Rheinbaben (damals Minister des Innern, jetzt preussischer Finanzminister): „Auf die Frage der Lohn-differenzen zwischen der Straßenbahn und ihren Angestellten gehe ich nicht ein. Denn ich glaube, die Staatsregierung tut gut, an dem allen Grundlag festzuhalten, daß die Ausstrahlung derartiger Lohnstreitigkeiten den Beteiligten zu überlassen ist. Nun haben aber die Angestellten der Straßenbahn bei ihren Versuchen, eine Lohnaufbesserung zu erhalten, einen überaus bedenkl. Weg beschritten. Sie haben sich unter die Führung einer sozialdemokratischen Gewerkschaft begeben und sich unter deren Leitung zu Forderungen bewegen lassen, die mit der Disziplin und Aufrechterhaltung der Ordnung nicht mehr vereinbar sind. Wäre die Direktion auf diese Bedingungen eingegangen, so hätte die Aufsichtsbehörde prüfen müssen, ob sie nicht hätte dagegen einschreiten müssen. Für mich handelt es sich darum, die öffentliche Ordnung allen Angriffen gegenüber unanfechtlich und nachdrücklich aufrecht zu erhalten.“

Noch deutlicher äußerte sich in der gleichen Sitzung der Eisenbahnminister Thielen. Er sagte: „Ob die Berliner Straßenbahn Sympathien hat oder nicht, darauf kann es in diesem Fall absolut nicht ankommen. Es sind zweierlei Forderungen gestellt, einmal die Lohnforderungen

und zweitens solche, bei denen es sich um die Disziplin dreht. In der Lohnfrage ist die Gesellschaft so weit als irgend möglich entgegengekommen. Die Differenz zwischen dem Geforderten und dem Bewilligten ist hier durchaus geringfügig. Doch dagegen (mit lauter Stimme) ist mit meinem vollen Wissen und meiner vollen Billigung die Gesellschaft allen Forderungen entgegengetreten, die sich auf Ordnung und die Disziplin bezogen. Es sind Forderungen gestellt, mit denen keine Verkehrsanstalt ihre Aufgaben erfüllen kann. Die Staatsregierung würde in die Lage gekommen sein, zu prüfen, ob sie bei Bewilligung der Forderungen durch die Direktion nicht ihrerseits hätte einschreiten müssen. Die Gesellschaft ist auf diese Forderungen mit vollem Recht nicht eingegangen. In dieser Beziehung müße eine Einigung abgelehnt werden.“

Und dann wurde noch mit Kanonen gedroht und die Streikenden für die Erzesse, an denen sie nachweislich gänzlich unbeteiligt waren, verantwortlich gemacht. Kein Mensch fand sich im ganzen Klassenparlament, der den Ministern die gebührende Antwort gegeben hätte. Arbeitervertreter, Sozialdemokraten, waren dank des Dreiklassenwahlrechtes nicht da.

So bietet sich denn uns das bemerkenswerte Schauspiel, daß die Straßenbahngesellschaften im Kampfe gegen ihre Angestellten ihre beste Stütze in der preussischen Regierung finden.

Die Straßenbahngesellschaften dürfen bestimmte Forderungen der Angestellten garnicht bewilligen, auch wenn sie es wollten, die allmächtige Aufsichtsbehörde, die preussische Regierung, gestattet es nicht.

Die preussische Regierung sieht es aber auch nicht gern, daß die Straßenbahngesellschaften ihren Angestellten allzuhohe Löhne gewähren, da sonst auch die Eisenbahner berechtigt werden könnten, was im Interesse des Fiskus nicht sein darf. Man sieht es oben ferner nicht gerne, wenn die Straßenbahngesellschaften es wagen lassen, daß ihr Personal modernen gewerkschaftlichen Organisationen beitrill, denn auch dies könnte ansetzend auf die Eisenbahner wirken.

Diese Tatsachen allein müssen uns veranlassen mitzuhelfen, daß Arbeitervertreter in den preussischen Landtag einziehen, damit dort endlich der preussischen Regierung die unerblühte Meinung des arbeitenden Volkes gesagt wird. Aber noch mehr. Wir Transport- und Verkehrsarbeiter haben nicht zu wenig unter polizeilicher Willkür und den Straßenpolizei-Verordnungen zu leiden. Die Polizei-Behörden unterstehen dem preussischen Minister des Innern, und nur im preussischen Landtag kann die Polizei resp. ihr Auftraggeber und Befehlshaber zur Verantwortung gezogen werden. Welcher unter unseren Kollegen hielte es nicht für notwendig, daß in Sachen der Polizeiverordnungen endlich einmal ein deutliches Wort gesprochen wird. Da herrschen Mißstände hergehob. Unausführbar, am grünen Tisch ausgegebene Vorschriften ordnen oft nicht, sondern hemmen den Straßenverkehr, während sich andererseits viele örtliche Polizeibehörden noch immer nicht dazu verstehen, wirklich taugliche Schutzvorschriften in die Straßenbahnordnungen aufzunehmen. Man weigert sich zu bestimmen, daß an allen Fahrzeugen sichere Bremsen und feste Aufschräge angebracht werden müssen, eine Maßregel, die zur Sicherung des Verkehrs wie keine zweite notwendig ist. Nur der preussische Landtag ist der Ort, wo man durch schonungslose Aufdeckung solcher Dinge örtlichen Polizeibehörden Vernunft beibringen kann.

Genau so steht es mit dem Vereins- und Versammlungrecht, auch über dessen Ausgestaltung hat einzig und allein, wenigstens auf absehbare Zeit hinaus, noch der Landtag zu bestimmen. Und sind wir nicht 1897 mit knapper Not einer unheimlichen Verschlechterung des preussischen Vereinsrechtes entgangen? Was damals gewesen, kann und wird wiederkommen, wenn die Macht der ärgsten Rückwärtserei, der Konserwativen und Freikonserwativen, im Landtage nicht gebrochen wird.

Sollen wir uns unsere so mühsam aufgebauten Vereinigungen zur Wahrung der Arbeiterinteressen mit einem Schläge von den preussischen Finstlerlingen vernichten lassen? Nein und abermals nein!

Die heutige Zusammenfassung des preussischen Landtags ist ein Hemmnis aller Kultur, das wurde am besten bei Beratung der großen Kanalvorlage dargelegt. Ein Reiz großer Wasserstraßen ist eine Lebensnotwendigkeit für ein Staatswesen wie Deutschland, das auf Industrie und Handel angewiesen ist. Industrie und Handel können nur bei billigen und geeigneten Verkehrswegen prosperieren. Mit der Ablehnung der Kanalvorlage ist tausenden und aber tausenden Handels- und Transportarbeitern Brot und Arbeit genommen worden. Dafür verantwortlich ist lediglich die im Landtage gegenwärtig allmächtige Agrarierlique, die nach ererbter Raubritterart nur auf die mühevolle Füllung der eigenen Taschen bedacht ist. Dießem modernen Raubrittertum muß das Handwerk im Interesse der menschlichen Kultur gründlich gelegt werden.

Die Gymnasien und Universitäten des arbeitenden Volkes, die Gemeinde- und Armenschulen, unterstehen ebenfalls der Gesetzgebung des Landtags. Anfang der 90er Jahre hatten Konserwative und Zentrum in halber Eintracht bereits versucht, die Volksschule der schwarzeligen Reaktion auszuliefern. Schon heute ist der Lehrplan der Volksschulen geradezu auf die Verdrängung der Schüler zugeschnitten. Das Gegenteil der wissenschaftlichen Errungenheiten der Reuzzeit wird heute noch immer als Wahrheit in der Volksschule gelehrt. Dabei sind viel zu wenig Schulen vorhanden; gab es doch im Jahre 1901 allein 11247 überfüllte Schulklassen in Preußen. Die Schulen, die Lehrerwohnungen sind dabei oft, wie im Trafiknerprozeß so drastisch bewiesen wurde, in baufälligen, lebensgefährlichem Zustande, mindestens aber viel schlechter als die Pferdeställe der preussischen Junkersfahne. Lehrer sind ständig zu wenig vorhanden, denn sie werden vielfach geradezu, im Vergleich zu ihren Aufgaben, elendiglich bezahlt. Für Schulen und Lehrer hat der preussische Staat kein Geld, wohl aber für Panzerfahrzeuge und Liebesgaben an die Agrarier.

Für uns Proletarier sind aber gute Volksschulen Lebensbedingung. Der Arbeiter kann seinen Kindern keine Kapitalien vererben. Je unmissenber nun die kommenden Arbeitergenerationen sind, desto mehr werden sie von den Arbeitgebern und von den Besitzenden überhaupt, über's Ohr gehauen werden. Also liegt es im Interesse der proletarischen Klasse, daß ihre Jugend sich möglichst viel Wissen aneignet.

Je mehr die Arbeiter, die Arbeiterinnen gelernt, je mehr Wissen sie sich angeeignet haben, desto mehr werden sie das Unrecht, die Unterdrückung empfinden, desto mehr und energischer werden sie sich dagegen empören und mit Begierde und zäher Ausdauer am Befreiungskampfe des Proletariats sich beteiligen. Doch nicht nur für das geistige, sondern auch für das leibliche Bedürfnis der Kinder soll, wo es not tut, die Schule sorgen. Ein hungerndes und frierendes Kind kann unmöglich viel vom Unterricht profitieren. Um die Würksamkeit der allgemeinen Schulpflicht in Fällen der Not nicht illusorisch zu

machen, muß den hungernden und frierenden Kindern Speise und Kleidung verabsolgt werden.

Den Arbeitern muß aber auch seitens des Staates ein geregelter Fortbildungsschulbesuch ermöglicht werden; dies um so mehr, weil die Volksschule den Anforderungen der neuen Zeit in keiner Weise mehr genügen kann.

Nur im Landtage kann gegen die Gesindeordnungen, jene Gebilde aus der schwarzenen Reaktionszeit des Mittelalters mobil gemacht, kann ihre Beseitigung herbeigeführt werden; Hunderttausende braver Arbeiter und Arbeiterinnen seufzen heute noch unter dem Sörigkeitsverhältnis der Dienstbotenordnungen, sie von diesem laudinischen Joch zu befreien, muß unsere Aufgabe sein, ist eine unserer ernstesten Pflichten. Mit den Gesindeordnungen wird zugleich ein gut Teil persönlicher Macht der herrschenden Klasse gebrochen.

Die Rechtsprechung in Preußen entspricht besonders in letzter Zeit nicht immer dem Grundgedanken der Verfassung: „Gleiches Recht für Alle.“ Die herrschende Klasse legt und nützt die Gesetze zu ihren Gunsten aus. Arbeiter werden wegen Kleinigkeiten zu Zuchthaus- und langen Gefängnisstrafen verurteilt, obwohl sie sich vielleicht oft der Strafbarkeit ihrer Handlungen gar nicht bewußt waren.

Man hat noch nie gehört, daß Unternehmer wegen Übertretung des Koalitionsrechtes bestraft worden wären, obwohl sie mit Drohungen aller Art die Arbeiter ihren Gewerkschaftsorganisationen abwendig zu machen suchten und mit schwarzen Listen hungernde Proletarier in allen Ecken des weiten deutschen Reiches verfolgten. Aber Arbeiter, die einen Streikbrecher auch nur scheinbar ansehen, werden gleich ins Gefängnis gesteckt. Den Arbeitern wird nicht nur die Ausübung des Koalitionsrechtes von den Behörden zur Unmöglichkeit gemacht, nein, das Recht des Streikpostensnehmens müssen sie sich sogar von Fall zu Fall erkaufen. Für all diese Dinge ist niemand anders verantwortlich als der preussische Justizminister, der wieder nur im Landtage zur Verantwortung gezogen werden kann.

Im Raume eines Zeitungsartikels ist es unmöglich, all das zu schildern, was zur Kontrolle und der Befehlsgebung des Landtages untersteht, aber das Angeführte reicht vollkommen aus, um jeden denkenden Menschen von der unbedingten Notwendigkeit zu überzeugen, daß die Arbeiterklasse alles daransetzen muß, um Leute ins Zunkerparlament hineinzuführen, die in schonungsloser Kritik dem reaktionären Zuchtmittel, der Chifanemwirtschaft zu Leibe rücken, die all das Unrecht ins Land hinausschleppen, das dort seitens der „staats-erhaltenden“ Parteien verübt wird.

Der preussische Landtag ist heute die wichtigste Stütze unserer Feinde und der Feinde aller Kultur und allen Fortschritts; zwingen wir dies Volkswort des Nichtschritts, stürzen wir diese Bastille! Die Menschheit als solche muß und wird uns dafür dank wissen.

Wir Handels- und Transportarbeiter können uns ohne jeden wirtschaftlichen Schaden ganz offen an der Wahl beteiligen, für die Arbeitervertreter stimmen, keiner unserer Arbeitgeber kann es wagen, uns das offene freie Bekenntnis entgegen zu lassen, weil der heutige preussische Landtag ein gewaltiges Hindernis für die Aufwärtsentwicklung des Handels- und Transportgewerbes ist. Beweis: Kanalvorlage und Warenhaussteuer. Ein Prinzipal, der das nicht einseht, der müßte schon sein eigener Gurgelgeschneider sein.

Darum auf Sollegen, den letzten Mann an die Urne geschleift, es gilt den Kampf gegen unsere ärgsten Feinde, da wollen, da müssen wir an der Zeit sein!

Des Freiinns Arbeiterfreundlichkeit.

Es ist als ob die Berliner Freiinns-Gesellschaft unseren Kollegen mit Gewalt vorbereiten wollte, daß wir bei den Stadtverordneten-Wahlen sozialdemokratisch wählen müssen. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte sich kürzlich mit der Submissionsaufstellung der städtischen Arbeiter zu beschäftigen. Der Führer des Berliner Arbeitervereins, Herr Müller, hat die Forderung mit 2200 Mk. gestellt und wollte ihm folge dessen der Magistrat den Zuschlag geben. Wohl nur verheißlich wurde in der Vorlage mitgeteilt, welchen Lohn die Kutscher erhalten sollen. Ganze 18 Mk. Wochenlohn wollte der billige Herr Niehoff geben. Nein nicht mal ganze 18 Mk., von diesem wollte er ja noch Kranken- und Invalidengeld in Abzug bringen.

Auch als die Vertreter des Freiinns auf die geringe Höhe des Kutscherlohnes aufmerksam gemacht worden waren, als Genosse Singer die Überlieferung der Vorlage an einen Ausschuss gefordert hatte, war man noch entschlossen, sie auf der Stelle so anzunehmen, wie sie war. Die Redner der Mehrheitsfraktionen hatten sich erkannt, um was es sich handelte. Die Stadtverwaltung soll sich einmischen in das Verhältnis der Unternehmer zu ihren Arbeitern, soll sich darum kümmern, wieviel Lohn die Arbeiter derjenigen Unternehmer erhalten, die mit der Stadtgemeinde Geschäfte machen wollen? Bettele nicht! „Das ginge zu weit“, erwiderte Herr Niehoff, der bekannte Zimmer- und Maurermeister usw.,

„das ginge zu weit“, befragte Herr Dove, der für die größte Gruppe der Versammlung, die „Mitte Linke“, sprach. Die Männer der „Neuen Linken“ sagten nicht, was sie dachten. Aber nachher, als über den Antrag auf Ausschussberatung abgestimmt wurde, schlug der größte Teil dieser stumm gewordenen „Arbeiterfreunde“ sich auf die Seite der Esmann und Konjorten.

Als dann Singer dagegen Einspruch erhob, daß auf die erste Beratung sogleich die zweite folge, zeigte sich aufs neue, wie wenig dem Freiinns an einer gründlichen Prüfung der Sache lag. Der Vorsteher-Stellvertreter ließ hier gegen alle Gewohnheit noch durch Dankausreden feststellen, ob der Widerspruch auch wirklich von den erforderlichen 15 Mann unterstützt wurde. Er mochte sich sagen, daß diese Probe bei der schwachen Besetzung des Saales — die Sitzung neigte sich bereits ihrem Ende zu — vielleicht nicht ganz unnuß sei. Unsere Genossen waren noch in der Lage, die 15 Stimmen allein aufzubringen. Und die Freimänner? Ein einziger von ihnen gestellte sich den Sozialdemokraten bei, ein einziger vermochte es über sich, mit dagegen zu protestieren, daß die Vorlage unbedenkenlich angenommen und der Zuschlag dem Unternehmer erteilt werde, der seine Kutscher mit wöchentlich 18 Mk. arbeitslos will.

Damit war den Freiinnsmännern für diesen Abend nochmals das Konzept verboden worden. Sie sollten noch einmal Spektakel laufen und ihre schönen Seelen betenken müssen.

In der darauffolgenden Stadtverordneten-Versammlung spielte sich nun die Verhandlung über die Alterswagenstellung wie folgt ab:

Stadtv. Ullstein (N. L.) empfiehlt Einsetzung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern. Unbeschadet der Stellung zu der Frage der Einmischung der Stadt in die privaten Arbeitsverhältnisse dürften speziell in diesem Falle die Lohnverhältnisse der Kutscher nicht ganz unberücksichtigt bleiben. Es würden an die Kutscher nach dem Vertrage besondere Anforderungen gestellt; da sei es doch die Frage, ob 18 Mk. eine angemessene Entlohnung seien.

Stadtv. Esmann (Fr. Fr.) bittet wie vor acht Tagen um Ablehnung des Antrages auf Ausschussberatung. Die Stadt könne sich nicht in diese Verhältnisse einmischen.

Vom Stadtv. Augustin (Soz.) wird der Antrag eingeleitet, den Vertrag mit dem Unternehmer Niehoff nur unter der Bedingung zu genehmigen, daß dieser seinen Kutschern 24 Mk. Wochenlohn zahl. (Heiterkeit und Unruhe.)

Stadtv. Augustin (Soz.): Es ist bezeichnend, daß die Herren sofort in Heiterkeit ausbrechen, wenn hier 24 Mk. für die Kutscher gefordert werden. Die Leute haben, wie ich persönlich ermittelt habe, einen Arbeitsverdienst von täglich 8 Mk.; die Feiertage in der Woche werden bloß mit 1,50 Mk. entlohnt, außerdem müssen sie banon noch Kranken- und Invalidengeld bezahlen. Von morgens 5 Uhr bis abends 8 und 9 Uhr müssen die Leute auf dem Hofe sein. Was es heißt, von einem so geringen Lohn leben zu müssen, dafür dürfte vielen von Ihnen das Verständnis abgehen. (Sehr richtig!) Die Stadt müßte doch darauf bringen, daß die Leute einen wenigstens einigermaßen anständigen Lohn bekommen. Die Stadt kommt ja zu diesem billigen Angebot nur auf Kosten der Kutscher. Andere Fuhrwerksbesitzer zahlen 24 und 27 Mk.; andere, wie der Submittent Niehoff, zahlen bloß 7 Mk. monatlich. Die beschriebene Forderung, die die Arbeiter hier gestellt haben, sollte die Stadt doch annehmen. Bei einer so langen Arbeitszeit ist doch ein Tagelohn von 4 Mk. nicht zu viel. (Beifall.)

Stadtverordn. Wallach: Der Heiterkeitserfolg (Rufe: Schluß!) des Vorredners übergeht mich eigentlich der Mühe, auf den Antrag noch einzugehen. Wir müssen uns doch vor Augen halten, daß wir mit den Arbeitern gar nichts zu tun haben (Widerspruch); wir haben es nur mit dem Unternehmer zu tun. Wohin sollte es wohl führen, wenn dieser erste kleine Anstoß es dahin brächte, daß wir bei jeder, zu vergebenden Arbeit solche Bedingungen vorschreiben? Sollen wir auch vorschreiben, im Falle Koff gewährt wird, was zu Mittag und zu Abend für Essen gegeben werden soll? (Heiterkeit und Unruhe.) Mit diesen Zukunftsplänen versehen Sie uns; so lange wir noch etwas zu sagen haben, werden wir uns dagegen wehren. Die Ausschussberatung haben wir voriges Mal abgelehnt und Herr Ullstein hat nichts Neues beigebracht. Daß die Wagen unsere Firma und die Kutscher unsere Ältere tragen, ist immer schon dagewesen.

Stadtv. Mommmsen (Fr. Fr.) bittet dringend, überhaupt nicht in eine Einzelberatung des Vertrages einzutreten, da der Abschluß dieser Verträge ausschließlich die Sache des Magistrats sei. Zum Zwecke der Stempelsberechnung sei der Satz von 18 Mk. zugrunde gelegt, damit sei nicht gesagt, daß die Kutscher nur 18 Mk. bekommen. Es handle sich dabei natürlich bloß um das Minimum. Stabile Lohnsätze in solche Verträge hineinzusetzen, sei ein Unling; damit werde man vorläufig kein Glück haben.

Stadtv. Krammich (Soz.): Herr Mommmsen erklärt zunächst, den prinzipiellen Schritt des Antrages niemals mitmachen zu wollen. Man soll nie, niemals! sagen. Am Schluß meint er dann: Vorläufig nicht. Herr Wallach hat aber ganz recht; diesem unserm Antrage werden noch andere folgen. In der städtischen Straßenreinigung haben wir Kutscher, welche auch die städtische Uniform tragen, mit noch viel niedrigeren Löhnen abgefunden, da gibt es Löhne bis zu 2,20 Mark herunter. Da habe ich auch in der letzten Deputationsitzung ähnliche Anregungen, natürlich zunächst erfolglos gegeben; aber die Zeit wird kommen, wo auch Berlin in dieser Beziehung nach dem Winter von England und Holland sich richten wird. Was dort möglich ist und in der Praxis besteht, wird auch in Berlin durchführbar sein. Prinzipiell ist doch nichts weiter dabei, als daß später die Submissionen nicht mehr so einfach wie bisher von den Unternehmern praktiziert werden können; letztere werden mit bestimmten Lohnsätzen zu rechnen haben. Dem Umfang des Submissionswesens würde mit diesem Antrag gesteuert werden. Es hat mich auch von Herzen gefreut, daß der Chef der Verwaltung der Straßenreinigung in

der Deputation die Initiative ergriffen hat, daß eine solche Klausel in die Verträge wegen Stellung der Rehrmaschinen zc. eingestellt wurde; lieber war ich der einzige, der ihm dort sekundierte. (Beifall.)

Stadtv. Goldschmidt (N. L.) hält es für unzulässig, von Stadt wegen die Löhne vorzuschreiben; was zu verlangen sei, sei, daß die Unternehmer nicht auf Grund schlechter Löhne ihre Angebote machen. Deshalb empfehle ich Ausschussberatung.

Stadtv. Gafel lehnt nicht ab, unter Umständen zu prüfen, ob wirklich unzulängliche und unwürdige Löhne gezahlt werden; in diesem Falle sei soviel vorgetragen, daß eine solche Prüfung angezeigt erscheine. Redner wird also für seine Person für einen Ausschuss stimmen.

Die Versammlung beschließt hierauf mit beträchtlicher Mehrheit die Einsetzung eines Ausschusses.

Die Freiinnsmänner haben sich also schließlich doch nicht getraut, die Sache sang- und klanglos unter den Tisch fallen zu lassen. Das hätten sie ganz sicher getan, wenn die Vertreter der Arbeiterkraft nicht auf dem Posten gewesen wären. Bei den nächsten Stadtverordneten-Wahlen gilt es also noch mehr Sozialdemokraten in die Stadtverordneten-Versammlung zu wählen, damit dort der Schmutzkonturrenz unter den Fuhrherren ein kräftiger Nagel vorgegeben wird. Daran haben nicht nur die Kutscher, sondern auch die Fuhrherren ein eminentes Interesse. Abwärtlich genug ist es abends, daß sich die anständigen Elemente unter den Fuhrherren zusammengetan haben, sie wären dabei der Unterstützung durch die Kutscher sicher. Aber damit hat's wohl noch lange Wege, und so werden die Kutscher den Kampf allein führen müssen.

Die Praktiken der Großen Berliner.

Niederwerfung des verhassten Verbandes, das ist jetzt interne Parole bei der Direktion der Großen Berliner und ihren Mameluden. Mit Zuckertrot und Weitsche wird versucht, die Angestellten zu überdübeln, sie zur Aufgabe ihrer Gewerkschaftsorganisation zu veranlassen. Ist erst dies Ziel erreicht, dann kann die Weitsche ungeniert wieder auf die armen Behörden niedersausen. Aber dies Ziel wird nie und nimmer erreicht, dafür sorgt das Klassenbewußtsein der Mehrzahl der Straßenbahner.

Unter allen den Werkzeugen der Direktion, die sich abmühen, für den Arbeiterverein Mitglieder zu gewinnen und sie dem Verbands abzutreiben, tat sich der Bahnhofsvorsteher Start am ungeschicktesten heroor. Er rief die Straßenbahner einzeln nach seinem Bureau, um ihnen dort unter Androhung sofortiger Entlassung klarzulegen, daß sie dem Direktionsverein beizutreten haben. In der Instruktionsstunde erlaubte sich der gleiche Herr über das Lumpengehülbe an Engelsther zu schimpfen. Um diesem Herrn und noch Anderen das Handwerk zu legen und sie vor ernstlichen Folgen zu bewahren, wandten sich die Vertrauensleute mit folgenden Fragen an die Direktion:

1. Welche Stellung nimmt die verehrliche Direktion zu dem Koalitionsrecht, welches jedem deutschen Arbeiter gesetzlich gewährleistet wird, ihren Bediensteten gegenüber ein?
2. Ist der verehrlichen Direktion bekannt, daß einzelne Vorgesetzte und Angestellte dieses Koalitionsrecht durch Drohungen mit Dienstentlassungen zu verhindern suchen?
3. Welche Schritte gedenkt die verehrliche Direktion zu tun, um jedem Bediensteten das ihm zustehende Recht auf Koalition zu schützen?

Die Direktion ließ sofort den Vorschenden der Vertrauensleute zur Vernehmung und mußte sich der Bestehende verpflichten, binnen 48 Stunden bindige Beweise für die Behauptung, daß Vorgesetzte durch Drohungen die Ausübung des Koalitionsrechtes seitens der Angestellten verhindern zu erbringen. Der Beweis gelang, objektiv betrachtet, vollständig. Der Vorschende der Vertrauensleute konnte außer 2 Briefen, welche er vorlegte, noch 4 Zeugen nennen, die bei ihrer Vernehmung die ausgesagte Behauptung vollständig bestätigten. Die Direktion war nimmer in arger Klemme. Sie lud den Bahnhofsvorstehermann Krauz vor, der die Sache im Vertrauensmännerkollegium und nicht etwa in der Öffentlichkeit zur Sprache gebracht hatte. Dieser gab abermals 4 Leute an, die sich bei ihm über den Terrorismus des Herrn Start beklagt hatten. Vorgelesen, erklärten die vier in ihrer Angli, daß ihnen der Hofverwalter nicht gedroht habe. Der Bahnhofsassistent wollte die Worte des Herrn Start nicht als Drohung aufgefaßt haben. Auf Grund der Aussagen der vier Entlassungszeugen, die den Bahnhofsvorsteher garnicht entlasten konnten, weil sie nichts von der Handlungsweise des Start den Entlassungszeugen gegenüber gesehen und gehört hatten, erklärte Direktor Mücke den Vertrauensmännern — die Sache ist in der „Straßenbahn“ nachzulesen — daß der Vertrauensmann Krauz den Herrn Start verlobt habe und deshalb entlassen worden sei. Das gleiche hätten natürlich auch die drei übrigen Zeugen getan und nur deshalb seien auch sie entlassen worden. So wird das Recht und die Wahrheit von der Direktion mit Füßen getreten. Es ist dafür Vororge getroffen, daß Herr Start an anderer Stelle, wo gläubige Zeugen die Wahrheit sagen müssen, Gelegenheit haben wird, sein Tun zu verantworten, und dann werden die Straßenbahner ja sehen, wer verlobt hat.

Nach solchen Vorformnissen ist es wirklich nicht wunderbar, wenn eheliche Leute es fast haben, sich als Vertrauensmänner auf den exponierten Posten zu stellen, wenn sie vorher wissen, daß sie auch dann nicht Recht bekommen, wenn ihr Recht sonnenklar zu Tage liegt. Die Direktion bringt sich durch solche Handlungsweise selbst um jeden Kredit bei allen ehrlich denkenden Menschen. Wegen die Untersuchungsverfahren der Großen waren wirklich die spanischen Inquisitionen noch elende Stümper. Sie haben wenigstens den Schein des Rechts gewahrt, b. h. Be- und Entlassungszeugen ungeschoren gelassen.

Diese Laten reden mit feurigen Jungen und die Straßenbahn ist beim besten Willen nicht im Stande, sie wegzuschleppen zu können.

Was in der Zukunft mit den Vertrauensleuten bewilligt wurde, ist nicht der Erwähnung wert. Das Notwendigste, Verklärung der Dienztage zc, wurde rundweg abgelehnt und einziges soll nach bekannter Art „wohlwollend“ geprüft werden.

Der Herr Oberprüfer, der vorher überall erklärt hatte, nur die Vereiner könnten etwas bei der Direktion erreichen, fiel mit seiner winzigen Bitte, doch den Frauen der Tegeler Angestellten einmal wöchentlich freie Fahrt nach Berlin zum Einkauf zu gewähren, glänzend ab.

Also nicht mal solch elende Bagatelle können die Vereinsbrüder trotz aller Kriecherei erreichen. Das ist eine ganz schauerhafte Blamage für die braven Kinder, ihre Aufschreierei ist dadurch ins rechte Licht gesetzt. Die „Straßenbahn“, die mit allen „Erfolgen“ des Vereins sonst haufenweise geht, schmeißt sich über dieses Armutsergebnis ihrer Ablehner selbstverständlich gründlich aus. Lügen haben eben immer kurze Beine und Renommistereien können vor Tatsachen nie Stand halten.

Wie weit das berühmte Wohlwollen der Direktion den Angestellten gegenüber her ist, geht schon daraus hervor, daß — als kürzlich die Delegierten der Betriebs-Krankentasse fast einstimmig die Einführung der freien Arztwahl beschlossen — die Direktion schlankweg erklärte, in diesem Falle den von ihr bisher gegebenen Zusatz zum Krankengeld den Angestellten einzusetzen zu wollen, worauf natürlich die Ausschüsse des besagten Beschlusses unterbleiben mußte. Von ganz eigenartiger Wohlwollen zeugt auch der Umstand, daß man ganz kürzlich den 28 Jahre bei der Gesellschaft in Arbeit liegenden Kostlin rückhaltlos aufs Pfahler geworfen hat.

Die „mächtigen“ Vereinsmänner haben für Kostlin kein einziges Wort eingelegt. Das hindert recht liebe Kollegen. Diese Prähabnisse haben jetzt, nachdem die beim Verbande als Mitglieder angeführten Vertrauensmänner ihr Amt niedergelegt, Gelegenheit, ihr Können und ihren Mut zu zeigen, wir sind auf ihre Vorfälle recht neugierig.

Die Herrschaften wirtschaften ab, das ist so sicher, wie zwei mal zwei vier ist, und wenn sie adgemiriert haben, wenn auch ihren Anhängern die Augen geöffnet sind, dann ist es für die Verbandskollegen wieder Zeit, in die Bretsche zu springen. Einkommen halten diese Gewehr bei Fuß, sie können die Entwicklung abwarten.

Keiner unserer Leute darf sich exponieren, wimmelt es doch überall von Lumpen, die eine Ehre darin suchen, ihre Mitarbeiter aus Lohn und Brot zu bringen. Das Ärgernis überlasse man den Verbandsausstellungen, es wird schon von diesen recht gründlich besorgt werden.

Die Direktion will es allem Anschein nach nicht, daß Beschwerden über von den Vertrauensmännern überbracht werden, sie wisst, wie der Fall Kr u z a drastisch bewirkt, diejenigen auf die Straße, die Beschwerden anbringen. Alle müssen also wieder einen anderen Weg beschreiten, und das ist bei der Öffentlichkeit. Alle Beschwerden werden von nun ab wieder durch die Zeitungen gehen, das scheint der Direktion lieber zu sein. Jeder Straßenbahner kennt ja die Stelle, wo er stets Gehör findet und wo man über die Person der Beschwerdeführer schweigt wie das Grab. Dort, Kollegen, stehen jetzt wieder eure Vertrauensposten.

Aus unserem Beruf. Feuertypen.

Frankfurt a. M. (Sonntagsarbeit). Eine am Sonntag, den 1. November, hattgefundene gut besuchte Versammlung beschäftigte sich mit der Tages-Ordnung: „Wie stellen sich die Frankfurter Glasreinger zur Sonntagsarbeit“. Der Referent betraut erst kurz die historische Entwicklung der Sonntagsruhe und ging dann auf die Arbeiten am Sonntage im Glasreingerberuf ein. Die Verrechnung dieser Arbeiten (wie Hüben der Postkutschalle, Frankfurter Zeitung, div. Bankinstitute), lasse sich ebenso wie bei den fast frequenteren Warenhäusern, an Wertagen verrichten. Redner hat bei dem Herrn Polizeipräsidenten angefragt, in wie weit den hiesigen Reinigungsanstalten erlaubt sei, am Sonntagen arbeiten zu lassen, worauf ihm der schriftliche Bescheid zu Teil geworden sei, daß in diesem Berufe Sonntagsarbeit gänzlich verboten sei und nur im Sinne des § 105 a bis § 105 f der „G. O.“ Ausnahmen zulässig seien.

Der § 105 c erlaube zwar Arbeiten, die zur Reinigung zc. der eigenen oder fremden Betriebe bedingt seien, aber nur soweit dieselben nicht an Wertagen vorgenommen werden können. Dies sei aber hier nicht der Fall. Zum Schluß tadelt Redner die ungenügende Bezahlung solcher Arbeiten; so verlangen die Unternehmer für gewisse Arbeiten 80 Mk. und zahlen den Arbeitern (4 Mann a 2 Mk.) acht Mark. — Die hierauf folgende sehr ausgiebige Diskussion bewegte sich im Rahmen des Referats und wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 1. November im Lokale zum „Rebstock“ tagende Versammlung der Glasreinger Frankfurts protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von einzelnen Firmen eingeführte Sonntagsarbeit und erklärt, daß es sehr gut möglich ist, die bisher an Sonntagen verrichtete Arbeit auch an Wochentagen verrichten zu lassen.

Die Versammelten beauftragen die Verwaltung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter bei dem Polizeipräsidenten vorstellig zu werden, daß derselbe in Zukunft keine Erlaubnis mehr zur Arbeit am Sonntagen in dieser Branche gibt, da die zu verrichtenden Arbeiten nicht unter die im § 105 a bis 105 f der Gewerbeordnung gegebenen Voraussetzungen fallen.

Im Verschiedenen“ kritisierte Kollege Klein die Schreibweise des Unternehmerblattes. Kollege Carlich erwiderte hierauf, man solle doch den Leuten das Vergnügen zu schenken lassen, ihn haben die Artikel täuschlich amüsiert und sehe er, daß Herr K. die Redaktionschere besser zu handhaben verstehe wie vielleicht ebendem die Maurerfelle.

Handelsarbeiter.

Die Arbeiter in den Fellgeschäften betreiben seit einigen Wochen in Kreise ihrer Kollegen eine rühmige Agitation, um dieselben zur Einigkeit und zum Anschluß an unsere Organisation zu bewegen und auf diese Weise späterhin eine Regelung der recht sehr verderberungsbedürftigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dieser Branche herbeiführen zu können. Die Arbeitszeit, welche eigentlich nur 10 Stunden täglich betragen soll, wird vielfach auf 11, 12 und sogar 13 bis 14 Stunden ausgedehnt. Ueberstunden werden nur in den seltensten Fällen bezahlt. Bei scharfem Geschäftsgang muß außerdem in der Woche zweimal die ganze Nacht hindurch gearbeitet werden, wofür dann allerdings 30 Pf. pro Stunde gezahlt werden. Diese Bezahlung ist aber für Nacharbeit vollständig unzulänglich. Der Wochenlohn für ständige Arbeiter beträgt 18—21 Mk., in ganz vereinzelten Fällen 24 auch 25 Mk. Dieser Lohn steht ebenfalls zu der zu leistenden Arbeit in gar keinem Verhältnis. In den Geschäften mit trockenen Fellen haben die Kollegen mit 1½—2 Zentner schweren Ballen herum zu hantieren, dazu kommt, daß diese Felle beim Aus- und Einpacken einen gesundheitschädlichen Staub entwickeln, durch welchen die Erlebung des Arbeitspensums ganz besonders erschwert wird. Noch schlimmer gestaltet sich das Verhältnis in Geschäften mit nassem, gefalgeltem Fellen. Diese Arbeit ist eine geradezu unbegleibliche und in hohem Grade gesundheitschädlich. Dazu kommt noch, daß vielfach Felle von kranken Tieren, welche eigentlich nicht in Handel kommen dürfen, so mit durchgeschoben werden. Die Arbeiter haben hier die größte Vorsicht bei der Ausübung ihres Berufs zu beobachten. Bei etwa vorbandenen Handwunden, welche mit verrottigen Fellen in Berührung kommen, können sich die Leute die schwersten Wutergiftungen zuziehen. Trotzdem die hier in Frage kommenden Unternehmer die Gefahr für Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter kennen, werden Schutzrichtungen nicht getroffen. So fehlt es in den meisten Betrieben an Wasch- einrichtungen und Handtüchern, also das Notwendigste, um die Hände und diejenigen Körperteile, welche mit diesen vergifteten Fellen in Berührung kommen, sofort von den giftigen Massen reinigen resp. befreien zu können. Auch ist ein heißer Raum nicht vorhanden, um die bei dem Salzen und Waschen der Felle durch- näßten Strümpfe und sonstigen Kleidungsstücke trocken zu können. Die Arbeiter sind dadurch sehr leicht Er- kältungen ausgelegt, welche Rheumatismus und sonstige Krankheiten im Gefolge haben. Ebenso ist ein Frühstücksraum nicht vorhanden und müssen die Leute, wenn sie ihr Frühstück mit Appetit vergerben wollen, eine Kneipe aufsuchen und dort ihr Geld, was ja so wie so schon sehr knapp bemessen ist, vergerben. Am schlechtesten aber geht es denen nicht selten angestellten Arbeitern. Diese werden nach Bedarf beschäftigt und erhalten pro Tag 2,50 bis 3 Mk. ausgezahlt. Da bei einer solchen Gelegenheitsbeschäftigung die Betroffenen nicht versicherungspflichtig sind, werden dieselben zur Krankentasse nicht gemeldet, so daß bei etwa eintretenden Krankheitsfällen das größte Geld vorhanden ist. Ein Kollege, welcher der Firma Schlessinger auf diese Weise 19 Jahre lang treue und billige Dienste geleistet hatte, wurde sogar deshalb, weil er das Unglück hatte, einige Tage krank zu sein, nicht weiter beschäftigt und dem Hunger preisgegeben. Dies ist ein trauriger Beweis für die Herzlosigkeit des Unternehmers, der es verstanden hat, den Bedauernswerten 19 Jahre lang auszubeden und auszuspeisen und nach- dem die Knochen mürbe geworden sind, aus Antbarkeit für geleistete Dienste ihn aufs Straßengäßchen zu werfen.

Diesen Fall mögen sich die noch im Besitze ihrer Gesundheit befindlichen Kollegen ad notam nehmen und ohne Rücksicht auf die Person der in Frage kommenden Unter- nehmer bei Zeiten dafür Sorge tragen, daß menschen- würdigere Verhältnisse auch in dieser Branche eingeführt werden. Zu diesem Zweck sei Euch zugerufen, pflegt die Kollegialität, pflegt die Einigkeit und Solidarität, schließt Euch Mann für Mann dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter an und legt selbst mit Hand an's Werk, nur dann wird es besser werden.

Für den Achtuhr-Ladenschluß demonstrierte eine sehr stark besuchte Versammlung der Handelsangestellten, welche am 28. v. M. in der Berliner Ressource tagte. Die Versammlung war von den Zentralverbänden der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und der Handlungsgeschillen und -Geblissen einberufen.

Der Referent Raliski führte aus: Die Tatsache, daß wir über die Frage des Achtuhr-Ladenschlusses noch immer diskutieren müssen, ist eine traurige Charakteristik der preußisch-deutschen Sozialpolitik. Nachdem ein Antrag auf Vornahme einer Abstimmung der Ladeneingänge über den Achtuhr-Ladenschluß gestellt worden ist, hat sich der „Verein zur Abwehr des Achtuhr-Ladenschlusses“ wieder geregt. Gegen das Verhalten des Polizeipräsidenten von Bories, welcher dem „Verein zur Abwehr“ eine dreimonatige Frist zugestanden habe, um die Stimmen der Gegner des Achtuhr-Ladenschlusses zu sammeln, mußte energisch protestiert werden. Heute wird selbst der für die Angestellten vollständig unzureichende Neunuhr-Ladenschluß, ebenso wie die unzulängliche Sonntagsruhe stark äbertraten. Die Berliner Gewerkschafts-Kommission hat jetzt eine Resolution zur Unterstützung der Achtuhr-Ladenschluß-Bewegung angenommen, in der die Arbeiter auf- gefordert werden, ihre Einkäufe vor 8 Uhr zu befragen. Auf Grund dieses Beschlusses werden wir bei der weiteren Agitation unser Augenmerk vor allem auf die Geschäfte richten, welche mit der Arbeiterkundschaft rechnen müssen. In dem neuen Reichstage werden die Arbeitsverhältnisse der in den Großgeschäften Angestellten zur Beratung kommen. Auch hierbei müssen wir energisch für den Achtuhr-Ladenschluß eintreten. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion meldeten sich Gegner trotz wiederholter Aufforderungen nicht zum Wort. Zwei Handels- hilfsarbeiter sprachen im Sinne des Referenten. Abschließend wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute in der Berliner Ressource zahlreich versammelten Handelsangestellten erklären sich mit den Aus- führungen des Referenten einverstanden.“

Die Versammelten bedauern lebhaft, daß das Berliner Polizeipräsidentum auf Grund eines Antrages der Gegner des Achtuhr-Ladenschlusses Maßregeln ergriffen hat, welche geeignet sind, die Einführung des Achtuhr-Laden- schlusses zu verzögern.

Da die Gegner des Achtuhr-Ladenschlusses — Klein- händler und Kleintausche aller Branchen — sich darauf berufen, daß die Arbeiterbevölkerung nur nach 8 Uhr abends ihre Einkäufe besorgen könne, fordern die ver- sammelten Handelsangestellten die Berliner Arbeiter auf, ihre Einkäufe vor 8 Uhr abends zu erledigen. Dann wird dem Unternehmertum im Handelsgewerbe der Vor- wand genommen werden, seinen rücksichtsigen Standpunkt in der Achtuhr-Ladenschlußfrage durch sein „Wohlwollen“ der Arbeiterkraft gegenüber zu entschuldigen.

Breslau. Schon wiederholt beschäftigten wir uns mit den Arbeitsverhältnissen der Kohlenarbeiter bei dem hiesigen Konsumverein und speziell mit dem Lagerhalter des Lagers II, Herrn Wagner. Wenn irgend ein Vor- gefahrter verfaßt war, so war es dieser Herr, der es im Schimpfen zu einer ganz erstaunlichen Fertigkeit gebracht hatte. Die Kohlenarbeiter, von denen einige schon 28 Jahre dort beschäftigt sind, beschwerten sich wieder- holt, doch es nützte nichts. Zuletzt versuchten sie es mit dem Verbanne. Die gesamten Arbeiter vom Lager II schlossen sich dem Verbanne an und beauftragten die Orts- verwaltung, sich mit der Direktion in Verbindung zu setzen, damit es etwas besser würde. Die Kollegen Zimmer und Gent suchten den Direktor Welf auf, — und am nächsten Tage schon war der Herr Lagerhalter Wagner verschwunden, und seit langer Zeit machten die Kollegen wieder ein vernünftiges Gesicht, als sie ihren Weinger los waren.

Den übrigen Kollegen auf Lager I und III, die erst teilweise organisiert sind, möchten wir im eigenen Interesse raten, werbet ebenfalls Mitglieder des Verbandes, dann lassen sich alle Liebesdienste sehr leicht abschaffen.

Rürnberg. Der 6 Uhr v. o. s. stand auf der Tagesordnung unserer letzten öffentlichen Versamm- lung. Unser Gauleiter schilderte zunächst die mißliche Lage unserer Kollegschaft, die noch in kolossalem Maße verschärft wird durch den leider noch immer in Bayern bestehenden 8 Uhr-Vosschluß. Nicht genug, daß der Hausbier oder Pater von früh 7 Uhr bis abends 7 oder 8 Uhr, meist noch dazu in dunklen und unge- sunden Geschäftsräumen, Gewölben usw. gegen einen Wochenlohn von 18, 16 Mk. und weniger bei schwerer Arbeit beschäftigt ist, so hieten auch leider noch die knie- ligen Staatsbetriebe dem Unternehmer die beste Gelegen- heit, den Hilfsarbeiter auch nach Geschäftsstillung noch aus- zubeden. Es ist eine bekannte Tatsache, daß es auch in fast allen Nürnberger Handels- (Groß- und Detail- geschäften) üblich ist, die im Laufe des Tages fertig ge- machten Postkollis aufzuhäufen bis zum Abend, und, weil bekanntlich die Posthalter bis 8 Uhr geöffnet sind, so räumt man flugs noch den Hausbier mit einer mög- lichen Anzahl von Kollis aus dem Hause, und der arme Teufel mag dann sehen, wie er damit zurecht kommt. Welchem Kollegen wäre es noch nicht passiert, daß er bis 9, ja 10 Uhr, hauptsächlich in der Weihnachtszeit, am Aufgabehalter stehen mußte? Den besten Beweis hier- für liefert das in unseren Händen befindliche, zumteil antike Material; es ist geradezu haarsträubend, wenn man die Zahl der Aufgabehalter in der Zeit bis 6 Uhr abends und die von 6—8 Uhr abends miteinander ver- gleicht. Man muß sich wundern, daß es den diensttuenden Beamten überhaupt möglich ist, spiegel im Innern der Stadt, des Antrages Herr zu werden. Dieses Ueber- maß von Ungerechtigkeiten und deren Verteilung durch die Beamten demgegenüber ist zu bekannt, doch mit man es eben Oben nicht recht hören. Auch ist es sehr bedauer- lich, daß bei Erkundigungen meist die Handelskammer in Anspruch genommen wird, wie z. B. in München und Würzburg, statt daß an die richtige Quelle gegangen wird. Nachdem in anderen Orten, z. B. in Nordrudi- land, der 6 Uhr-Vosschluß sich prächtig bewährt hat, wäre es auch an der Zeit, wenigstens in den größeren Städten Bayerns Versuche damit zu machen, wie man es ja mit dem 6 Uhr-Vosschluß gemacht hat, der sich ja ebenfalls vortrefflich bewährt hat. Redner kam, nach- dem er das Zahlenmaterial von einzelnen Postanstalten vorgeführt hatte, zu dem Ergebnis, daß es nur durch Zusammenschluß in der Organisation möglich ist, ver- ärtliche sowie noch viele andere Mängel zu beseitigen; er forderte deshalb auf, sich der modernen Gewerkschafts- Organisation, dem Zentralverband der Handels-, Trans- port- und Verkehrsarbeiter Deutschlands anzuschließen. In der Diskussion sprachen sich einige Redner im Sinne des Referenten aus. Nachdem der Vorsitzende noch er- mahnt hatte, für den Verband kräftig zu agitieren, um die Zahl der Mitglieder rasch zu vermehren, gelangte folgende auch in München gefasste Resolution zur An- nahme:

Die heutige in der Germanenhalle tagende Ver- sammlung der im Handels-, Transport- und Verkehrs- gewerbe Angestellten beauftragt hiemit den Zentral- verband der Handels-, Transport- und Verkehrs- arbeiter Deutschlands, bei der Generaldirektion der Posten und Telegraphen vorstellig zu werden und dahin zu wirken, daß eine Verfügung erlassen werde, welche den 6 Uhr-Vosschluß für Postanstalten in sich schließt, desgleichen, daß die Schalterzeit an den Sonntag-Nachmittagen in Wegfall kommt.“

Straßenbahner.

Achtung, Straßenbahner Deutschlands! Auf der Generalversammlung der Straßen- und Kleinbahn- verwaltungen in Dresden ist in geheimer Konferenz be- schlossen worden, für die Bediensteten einen Zentralver- band auf Grundlage und nach Muster des Berliner Direktionsvereins zu gründen. Herr Urfeld vom Berliner Verein ist als Generalsekretär ausberufen, ihm wird ein Hamburger Bureaubeamter in der Leitung bei- gestellt. Eine Vereinigung, die von Unternehmern und

auf deren Kosten gegründet wird, muß selbstverständlich deren und nicht die Interessen der Angestellten wahrnehmen.

Herr Urfeld zum zweiten mal als Kläger ertrapp. In der Bezirks-Verammlung in Schöneberg sagte nach der „Straßenbahn“ Herr Urfeld: „Ebenso gibt der Verband freien Rechtsschutz, gewährt denselben jedoch nicht obligatorisch, sondern willkürlich.“ Wir fordern Herrn Urfeld auf, seine Behauptung, daß im Verbands willkürlich Rechtsschutz erteilt würde, zu beweisen, andernfalls wir ihn als einen Verleumder erklären müßten.

Schöne Seelen. Aus der „Straßenbahn“: „Schaffner Trudenbrodt, Bahnhof Brandenburg-Straße, gibt unter Schilderung des verheerenden Auftretens des Schaffners Krauca die Erklärung ab, daß dessen Entlassung unter den Kollegen auf Bahnhof II große Befriedigung hervorgerufen habe. Mit der Entlassung des Krauca hätte die Verwaltung eine erlösende Tat begangen.“

Das geschah bei der Vertrauensmänner-Konferenz im Besitzen der Direktion.

Aus der Bezirks-Verammlung des Vereins in Schöneberg: „Zu Punkt „Verlebens“ äußerte sich Schaffner Raffin über die Belassung des Vorstandes mit Verbands-Angelegenheiten. Er könne nur die Direktion bitten, die Bahnhöfe von Elementen zu säubern, die nicht würdig wären, den grauen Rock zu tragen.“

Hiliet Euch also, Kollegen, vor diesen Ehrenmännern! Ein Schreckensregiment scheinen die beiden Dresdener Straßenbahngesellschaften etablieren zu wollen. Bei der roten Straßenbahn oder vielmehr bei dem Herrn Direktor Schöner ist das Maßregeln nur so an der Tagesordnung.

Jetzt ist den Spuren dieses Herrn auch Direktor Claus von der gelben Straßenbahn gefolgt und hat blühend 11 Angestellte auf Straßenpflaster geworfen — parbon, ordnungsmäßig gefolgt. Die Herren Direktoren haben also alle beide ihr vor dem Oberbürgermeister gegebenes Ehrenwort schände und skrupellos gebrochen. Man sieht daran wieder, wie wenig ein Ehrenwort von Straßenbahndirektoren wert ist. Der neu geschaffene Dienstvertrag für Schaffner und Fahrer, dessen eingehende Besprechung wir uns vorbehalten, enthält einen Passus, der uns belehrt, wie die Herren Direktoren das Arbeitsverhältnis zwischen den Angestellten und der Gesellschaft eigentlich auffassen. Dieser lautet:

„Demjenigen Angestellten, der seine Mitbewerber zur Erzwungung höheren Lohnes aufreizt, einem Vereine oder Verbands angehört oder beitreibt, welcher Streikbewegungen fördert, oder andere Angestellte zum Eintritt in einen solchen Verein oder Verband auffordert, wird die Stellung aufgekündigt. Nach Befinden tritt sofortige Entlassung ein.“

Schade, daß das Ding ganz für die Kaj ist. Diese Zumutungen sind nämlich im Sinne des BGB. unzulässig und daher in Verträgen unzulässig, somit ist der ganze Vertrag ungeschlüssig und hat nicht die geringste bindende Kraft. Soviel Gefeskenntnis sollten doch die Dresdener Straßenbahn-Direktoren auch schon haben. Wenn sie selber aber nicht soviel Verständnis von der Sache besitzen, dann sollten sie sich doch erst beim nächstbesten Rechtsanwalter über die Dinge erkundigen, dann blieben ihnen wenigstens die Blamage und die Druckkosten erspart.

Nach dem Wortbruch werden die Dresdener Straßenbahner es ihren Direktoren selbstverständlich nicht auf die Nase binden, ob sie dem Verbands angehören oder nicht. Die Herrschaften wollen nicht, daß die Angestellten nach Ehrenmännernweise mit ihrer Gestaltung nicht hinter dem Berge halten. Gut. Das können wir sehr leicht ändern.

Das Sprachrohr macht dann einfach unsere Brevets, ob dies für die Herren angenehmer ist, wissen wir nicht, uns ist es bequemer.

Die Angestellten kennen jetzt ihre Pappenhelmer, sie werden das, was die Herren nicht offen wollen, schon auf andere Weise sicher fertig kriegen. Die öffentlichen Agitationen werden die Verbandsbeamten sehr zum Verger der Herren Direktoren weiter besorgen, und zwar so fräftig, daß gewisse Leute, die bemegernüber ohnmächtig sind, die Selbstsucht bekommen. Das solche Verbote bei den Straßenbahnern von Wirkung waren, Ihr Herren Direktoren, das war einmal.

Frankfurt a. M. Die Antwort der Direktion auf die Wünsche des Ausschusses und der neue Winterdienstfahrplan war das Thema, über das unser Gauleiter in einer gutbesuchten Straßenbahnerversammlung sprach. Der Redner führte ungefähr Folgendes aus: Am 8. Juni d. J. fand die letzte Ausschußsitzung statt; jetzt, nach 4 1/2 Monaten, hat sich endlich die Direktion bewegen geföhlt, auf die in jener Sitzung vom Ausschusse geföhsten Beschlüsse zu antworten. Das beweist am deutlichsten, wie wenig die Direktion den Ausschuss respektiert. Es sei deshalb vor Allem erforderlich, daß darauf gedrungen wird, das Statut des Arbeiterausschusses der Sächsischen Straßenbahn zu revidieren. So beziehe gleich der erste Absatz des § 27 der Allgemeinen Bestimmungen, wonach die Gewählten mindestens 30 Jahre alt, 5 Jahre im Betriebe beschäftigt und die Wähler 25 Jahre alt und drei Jahre dauernd im Betriebe tätig sein müssen, der Abänderung. Dieses Wahlreglement sei ja noch bedeutend reaktionärer wie das preussische Dreiflassenwahlrecht und bedeute eine große Ungerechtigkeit für die große Masse der übrigen Arbeiter. Das Personal müßte zum Mindesten nach einjähriger Dienstdauer, wenn es also angestellt ist, wahlberechtigt sein. Ebenso müßte das Alter für das passive Wahlrecht bedeutend herabgesetzt werden. Ist ein Mann erst 30 Jahre alt und 5 Jahre lang im Betriebe, so ist er in den meisten Fällen schon so gahn gemacht, daß er sich höchstens als Statist für den Ausschuss eignet; andererseits habe man eine Menge recht tüchtiger Männer, die vor allen Dingen diesen Namen mit Recht verdienen, welche aber leider nicht wahlbar sind. Redner ging dann auf den Wahlakt ein und kritisierte, daß kein Wahlprotokoll geführt würde; auch darüber die Stimmzetteln nicht, wie bisher, verbrannt, sondern müßten in einem verschlossenen Kasten aufbewahrt werden, wie dies

bei anderen Wahlen auch geschieht. Dringend der Abänderung bedarf der § 5, der besagt: „... die Reihenfolge, in welcher sie (die Ergänzungen) zur Vertretung über zum Eintritt in den Ausschuss einzuberufen sind, wird jeweils für die Wahlperiode durch das Los bestimmt.“ Sie werden zu den Sitzungen des Arbeiterausschusses dann einberufen, wenn Mitglieder vorher ihre Abwesenheit mitgeteilt haben. Die Einberufung von Ergänzungen zum Eintritt in den Ausschuss an Stelle von ausgeschiedenen Mitgliedern hat dem Vorherrschen im Einvernehmen mit dem Betriebsdirektor zu geschehen.“ Das spreche jeder parlamentarischen Regel Hohn, überall rücken die Ergänzungen nach dem Stimmenverhältnis vor. Auch müßten die Ergänzungen an jeder Sitzung, natürlich nur mit beratender Stimme, teilnehmen, denn sonst könne es vorkommen, daß Ergänzungen über eine Sache beschließen müßten, die in einer vorhergehenden Sitzung, der sie nicht beimohnten, schon verhandelt worden ist. Der Passus, wonach die Mitglieder des Ausschusses Verwiesene über die Verhandlungen zu halten hätten, müßte dahingehend abgeändert werden, daß es in das Tatbeständ des Einzelnen gestellt wird, denn es könne vorkommen, daß eine Versammlung dem Ausschusse einen Auftrag gibt, derselbe wäre aber dann nicht in der Lage, Bericht zu erstatten. Redner geht sodann eingehend auf die Feuerungsanlage und Aufenthaltsräume an den Endstationen ein. An der Schloßstraße haben die Straßenbahner immer die Pissots zweier Wirtschaften benutzt; die Wirte haben nun den Hauszugang abgeschlossen, so daß die Straßenbahner durch die Wirtschaft gehen und selbstverständlich auch etwas verzeihen müssen. — Redner bespricht hierauf den Winterdienstplan und behauptet, daß man auch hierin den Arbeitern so wenig entgegengekommen ist. Selbst der Soldat auf Posten würde bei strenger Kälte kühnlich abgelöst, die Straßenbahner müßten aber sechs bis sieben Stunden ohne jede Bewegung in einer Lour Dienst machen. Bei etwas gutem Willen ließe sich hier eine bessere Einteilung schaffen.

In der hierauf folgenden Diskussion bekräftigen alle Redner die Ausführungen des Referenten. Von mehreren Ausschussmitgliedern wurde getadelt, daß der Ausschuss seinen Schriftführer habe und die Protokolle von einem Bureaubeamten angefertigt würden. Auch die Lohnkala mit ihrem berühmten „tann“ und „Wohlerhalten“ wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Zum Schlusse wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute, am 27. Oktober 1903, im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagende gutbesuchte Versammlung der Straßenbahndienstleistungen erkennt die unentgeltliche Lieferung der blauen Arbeitsmittel für Monteure und Werkstattarbeiter an und spricht dafür der Direktion ihren Dank aus. Auch die eingeführte verlängerte Fahrzeit auf der Strecke Sächseiner Landstraße wurde von der Versammlung mit Genehmigung aufgenommen. Jedoch behauptet die Versammlung auf's Lebhafteste, daß die verprochenen Unterkunftsräume und Bedürfnisanstalten an den Bahnhöfen und Endstationen aus Sparameisterrücksichten abgelehnt wurden, die Gesundheit der Angestellten unberücksichtigt gelassen und der Direktion gleichgültig erschienen. Die völlig unbegründete Ablehnung der Feuerungsanlage hat die größte Enttäuschung unter dem Personal hervorgerufen und dadurch die Mißstimmung gegen die Direktion sowie Herrn Stadtrat Hin ungemein vergrößert. Die Versammlung erwartet, daß der Ausschuss so bald als möglich zusammentritt und erneut die Forderung auf eine Feuerungsanlage stellt. Insbesondere beauftragt die Versammlung den Ausschuss, die Einhaltung der vorgeschriebenen Lohnsteigerung zu fordern, um der bisherigen Mangelwirtschaft ein Ende zu bereiten. Im Weiteren fordert die Versammlung die schleunige Abänderung einiger Paragraphen des Statuts für den Ausschuss, da in demselben die Rechte der Direktion, aber nicht der Arbeiter niedergelegt sind.

Hamburg. Polizei und Straßenbahner. Kürzlich haben eine Anzahl Verhörungen stattgefunden in Sachen der durch den Polizeiwachmeister Blohm gestörten Straßenbahnerzusammenkunft. Welche! gewinnt nunmehr die Behörde die Überzeugung, daß sie menschliche Fretums Opfer geworden ist und strafwürdige Heilmittel gewittert hat in einer harmlosen, völlig ungeschädlichen ihrer Macht- und Willkür liegenden Sache. Wollte die Polizei alle solche, jeglichen öffentlichen Interessen entbehrende Sitzungen mit ihrer zwar nicht unangenehmen, in Rücksicht auf die verlässigsten Bestimmungen aber völlig überflüssigen Gegenwart bedeen, dann wäre das Stadtparlament dadurch in Wände gezwungen, mindestens drei weitere Beamte einzustellen. Wir machen uns anheißig, ohne viele Mühe jeden Abend ein bis zwei Dutzend solcher Sitzungen von gleich welt- und staaterschütternder Wichtigkeit zu veranstalten. Die Polizeibeamten würden keine Nacht mehr ins Bett kommen, Spßhüben und Rowdies hätten goldene Tage. Wir glauben wirklich, daß alle Bürger mit uns einverstanden sind, wenn wir erklären, daß die Steuerzahler das Geld für die Befolgung von Sicherheitsbeamten nicht bezahlen, damit die Intelligenz dieser Leute aufgebraucht wird zur Beobachtung von privaten Angelegenheiten. — Gegen den Polizeiwachmeister Blohm hat der Kollege Himpel am 23. September eine ausführliche Beschwerde beim Magistrat eingereicht; ein Bescheid ist bisher nicht eingegangen.

Börsenhallenwiese. Die „Neue Hamburger Börsenhalle“ schreibt: Ueberwindung der Sozialdemokratie. Ein vortreffliches Mittel zur Ueberwindung der Sozialdemokratie hat die Hamburger Ortsverwaltung des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes gefunden. Nachdem der Verband mit seinem eifrigen Bemühen, die Hamburger Straßenbahner zu unberechtigten Forderungen und eomit zum Ausstand zu veranlassen, dank der Eingriffe der beteiligten Straßenbahngesellschaften selbst Schiffbruch erlitten hat, sucht er nunmehr dadurch einen Einfluß auf die Verwaltung der verhassten Straßenbahngesellschaft zu gewinnen, daß er — durchaus logisch! — Aktionär dieses Unternehmens geworden ist. Der Erwerb

von Aktien einer Gesellschaft, deren Werte an der Börse gehandelt werden, steht ja jedermann frei und kann in diesem Falle nur dazu beitragen, daß durch bessere Einsicht in die Verhältnisse diejenigen, die bisher Zwietracht zwischen Verwaltung und Angestellten haben sein wollen, von einem solchen Vorhaben künftighin ablassen, und daraus ergibt sich eine vortreffliche Arznei gegen das Ueberwuchern der sozialdemokratischen Agitation.“ Nun, mit der Befreiung der Transportarbeiterverbände wird es nicht sein. Sie sind keine Börsenblattdrecker, denen man durch „Beitragung“ an Aktiengründungen oder durch Beschäftigung mit wissenschaftlichen Arbeiten eine bessere Einsicht beibringt, so daß sie sogar Hypothekensandbriefe von Schwindelbanten für mündellichere Papiere ansehen.

Wandsbek. Nachtlänge von der Straßenbahn erbezugung. Zwei hiesige Straßenbahnfahrer haben einen amtsrichterlichen Strafbefehl über je 3 Mk. erhalten, weil sie auf öffentlichen Straßen ohne Erlaubnis der Ortspolizeibehörde Drucksachen verteilt haben, angebliches Vergehen gegen § 10 des Gesetzes für Preußen über die Presse vom 12. Mai 1851. — Wir empfehlen diesen Beweis rührender behördlicher Fürsorge für eine bedrückte Arbeiterkategorie Herrn v. Berlepsch für seine Sammlung. Es handelte sich um Einladungen zu einer Versammlung, durch die es gelang, einen drohenden schweren Kampf zu verhindern. Doch — Strafe muß sein!

Transportarbeiter.

Der Beirat für Arbeiterstatistik ist zum 10. November zu einer Sitzung im Kaiser. Statistischen Amt einberufen. Auf der Tagesordnung stehen nach der „Soz. Praxis“ folgende Gegenstände: 1. Bericht über die Erhebung betr. die Arbeitszeit im Fleischerhandwerk; 2. Bericht des Ausschusses über die Erhebung betr. die Arbeitszeit im Innenschiffahrtshandwerk; 3. mündlicher Bericht des Ausschusses über die gutachtliche Aufseherbeitr. Arbeitslosenversicherung; 4. Mitteilungen über den Stand der Erhebung betr. die Arbeitszeiten im Fuhrwerkshandwerk; 5. Mitteilung über den Stand der Erhebung betr. die Arbeitszeit in Kontoren. Die Ausschüsse treten bereits am 7. November zusammen, um die ihnen überwiesenen Gegenstände vorzubereiten.

Danach scheint es also, daß wir die Veröffentlichung des Ergebnisses über die Erhebungen in Fuhrwerkshandwerk betrieben noch nicht so bald erlangen dürfen. Der von uns geplante allgemeine deutsche Transportarbeiterkongress wird demgemäß in diesem Jahre nicht mehr abgehalten werden können.

Breslau. Eine neue Gruppe von Transportarbeitern hat sich seit einigen Wochen dem Verbands angeschlossen — die Breslauer Sandschiffer — und herrscht in dieser Sektion ein recht guter Geist.

Da die Wagger der Kgl. Strombau-Verwaltung den gewonnenen Sand und Kies unentgeltlich an einige Unternehmer abgeben, so wandte sich vor einiger Zeit die Sektionsleitung an den hiesigen Magistrat mit dem Gesuchen, diesen Sand und Kies für die Zwecke der Stadt zu übernehmen, und dadurch die Schmutzkonkurrenz mit beseitigen zu helfen.

Die Sektionsleitung wurde darauf zu dem Stadtbau-Inspektor Bruchsch beschieden, um ihm noch einige Erklärungen zu geben, und ist Auslicht vorhanden, daß die Stadt dem Antrage unseres Verbandes nachkommen wird.

Inzwischen hatten die Kollegen einstimmig beschlossen, an die Arbeitgeber Lohnforderungen zu stellen. Gefordert wurde: In der oberen Ober: pro Kubikmeter gegrabenen Sand 1 Mk. Für das Wasserbewerk 1,25 Mk.

In der alten Ober: Für gegrabenen und getarnten Sand pro Kubikmeter 85 Pf.

Ein dahingehendes Schreiben wurde am Sonntag, den 18. Oktober, an die Arbeitgeber verandt und die Verhandlungen auf Dienstag, den 20. Oktober, festgesetzt.

Zu diesen Verhandlungen erschienen die Arbeitgeber Heinrich Anselmann, Wurm und Nische.

Dieselben erklärten sich sofort bereit, die geforderten Löhne zu bewilligen und einen schriftlichen Vertrag abzuschließen. Sie erklärten ferner, daß ihnen die geforderten Löhne durchaus nicht zu hoch seien, und daß die eventl. Streikenden bei ihnen Beschäftigung finden können.

Da die Unternehmer Aug. Sturm, Aug. Häbner und Franz Niebusch nicht erschienen waren, so wurde beschlossen, dort in den Streik zu treten.

Aug. Sturm bewilligte noch am nächsten Tage und unterzeichnet den Vertrag. Die bei Häbner und Niebusch beschäftigt gemessenen Kollegen arbeiten nunmehr bei den anderen Arbeitgebern und Häbner und Niebusch können täglich ihre leeren Sandplätze bemerken.

Das lokale Entgegenkommen der Herren Anselmann und Heinrich, sowie die vollständige Einigkeit der Kollegen ermöglichten es, daß ohne jede Aufregung und ohne Kosten eine schöne Lohnbewegung durchgeführt werden konnte.

Mögen die Kollegen Sandschiffer auch weiter treue Verbandsmitglieder bleiben, so wird auch noch manche Verbesserung geschaffen werden können.

Dortmund. Endlich ist es gelungen, eine große Zahl der hiesigen Fuhrleute aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln. Nach und nach haben in Versammlungen und Besprechungen über 100 Kollegen ihren Beitritt zum Verbands erklärt. Urge Mißstände wurden bezüglich der Arbeitsverhältnisse aufgedeckt und wird jetzt an deren Beseitigung gedacht werden können. Jeder Kollege muß es sich zur Pflicht machen, weiter für die Stärkung des Verbandes Sorge zu tragen. Zu der nächsten Versammlung, welche am 8. November, abends 8 Uhr, bei Waniel, Mühlenstraße 1, stattfindet, muß jedes Mitglied einen unorganisierten Kollegen mitbringen. Nur wenn alle Kollegen Hand an Werk legen, wird das Ziel in absehbarer Zeit erreicht werden können.

Freiberg i. S. Endlich ist auch hier Brevete gelegt. Am Sonntag, den 25. Oktober, tagte seit 3 Jahren zum ersten Male wieder eine Versammlung für Kupfer und

darf an Kartoffeln von solchen Firmen zu entnehmen. Nach einem kräftigen Schlusswort fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die heute im Lokale des Herrn Th. Wubler tagende öffentliche Versammlung der Kartoffel-Säcker und -Fuhrlente erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verurteilt das Bestreben der hiesigen Kartoffelhändler, besonders der Firma Paas, welche ihren Arbeitern das Koalitionsrecht nehmen wollen, und verpflichtet, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Lebenslage der betreffenden Arbeiter nicht heruntergebracht wird und erkennt an, daß dieses nur durch den Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter geschehen kann.

Freiburg i. B. Am Freitag, den 9. Oktober, fand hier eine Berufsversammlung statt, in welcher unser Gauleiter referierte. Redner zeigte an der Hand der Geschichte, daß es dem Arbeiter früher nicht möglich gewesen sei, sich mit seinen Berufscollegen zusammenzuschließen. Trotzdem hätten es die Arbeiter verstanden, den Unternehmern ein Verbot zu erteilen. Heute sei es anders; die Arbeiter müßten aber selbst das bis dahin vorhandene Koalitionsrecht nicht gehörig aus. Besonders hier in Freiburg wolle es mit unserer Organisation nicht recht vorwärts gehen. Die Versammlung zeugte leider davon, daß es auch in letzter Zeit in dieser Beziehung nicht viel besser geworden sei.

Redner schildert die Unterstellungen, welche vom Verband geleistet werden und zeigt, daß unter den vielen beruflichen Organisationen Deutschlands keine im Stande sei, das zu bieten, was der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands seinen Mitgliedern bietet. Allen diesen Leistungen gegenüber müsse der monatlich zu entrichtende Beitrag von 30 Pf. als sehr minimal bezeichnet werden. Redner fordert die Anwesenden auf, von den ausgetheilten Aufnahmeförmchen Gebrauch zu machen und zu versuchen, das verloren gegangene wieder einzubringen. Gerade hier am Platz Freiburg, wo ein recht reger Verkehr vorliegt, sei die Organisation eine dringende Notwendigkeit, weil die Entlohnung der Arbeiter in keinem Verhältnis zu den Leistungen stehe, welche von den Arbeitern verlangt werden.

Hamburg. Kombinierte Mitgliederversammlung am 27. Oktober. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen Rebbin und Wegemann in der üblichen Weise. Sodann folgte ein Vortrag über das Thema: „Zerlöth, Altkorb, Prämienystem und Gewinnbeteiligung“. Himpel gibt danach die Namen derjenigen bekannt, welche bei dem Streik bei der Firma von Eicken ihren Kollegen in den Rücken gefallen sind. Es sind folgende Kollegen und Kolleginnen: J. Bahr, Altona, Wöhlmannstraße 17, 1; L. Cohnmann, Roosstr. 9, III.; J. Hoffgart, Löwenstraße 10, III.; G. Kowalitzki, Gärtnerstr. 16, II.; August v. Rönn, Hohenstr.-Chaussee 113; Karl Schmidt, Martstraße 52; M. Strohmeyer, Tornquiststr. 19; Aug. Wlohm, Altona, Adolfsstr. 159; R. Müller, Altona, Weidenstr. 71; Franz Wiesnewski, Gr. Marienstr. 89, S. II.; G. Wenzel, Martha Schulz, Lerchenstr. 10, S. II.; Julie Stoelck, Gerhartstr. 18, pt.; Alwine Kläden, Bernhardtstr. 53, S. I., pt.; Marta Kläden, daselbst; Henry Marus, Schulterblatt 24, S. I.; Sophie Berg, Altona, Gr. Marienstraße; Marie Mißfeld, Bernhardtstr. 53, S. 5; Pauline Kamin, Gärtnerstraße 90, S. 28 und Gertrud Freiß, Schrammsweg 63.

Sämtliche Verlesenen wurden hierauf einstimmig wegen Vergehens gegen den § 2, Absatz 7 (a) des Statuts ausgeschlossen. Ein Antrag der Ortsverwaltung, der Hauptkassse in Berlin 1000 Mk. zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. Himpel gibt hierauf bekannt, daß der Gastwirt Thomsont, Alsterdorferstraße, dem bewilligten Lohn seinem Hausdiener vorenthalten habe, die Kutscher, die nach Ohlsdorf rausfahren, möchten dies berücksichtigen. Schulz, Hausdiener, führt Beschwerde darüber, daß die organisierten Kutscher, insbesondere die von Hevete, Transport, und Glatz Koch Nachf., keine Solidarität üben den Hausdienern gegenüber und nach wie vor in Wirtschaften verkehren, die nicht bewilligt haben; so bel dem Witt Stiefenbagen. Dörning rügt, daß der zweite Distrikt noch nicht mit den Karten vom letzten Sommervergnügen abgerechnet hätte; es sei dies eine Hummellei sondergleichen. Steerz und eine Reihe anderer Redner führten Beschwerde, daß im letzten Quartale gar keine Versammlungsberichte mehr im „Courier“ ständen, die Berliner hätten uns wohl nicht mehr auf der Rechnung. Die zweite Verwaltungsstelle unseres Verbandes schiene darnach garnicht mehr zu existieren, das dürfen wir uns keineswegs gefallen lassen. Es wird beschlossen, daß die Ortsverwaltung sich bei der Preßkommission ganz energisch beschweren soll. Himpel gibt sodann das Resultat bekannt betreffend die Urabstimmung über unsere Beitragsverhöhung. Bis jetzt sind 617 Stimmzettel mit ja und 117 mit nein abgegeben worden; darnach ist also die Erhöhung angenommen. Das endgültige Resultat soll in der nächsten Woche von der Ortsverwaltung gemeinsam mit den Distriktleitern festgestellt werden. Wagner gibt hierauf den Klaffenbericht vom dritten Quartal. Dasselbe schließt ab mit einer Einnahme von 27317,19 Mk. inklusive Kassenbestand vom vorigen Quartal, Ausgabe 27279,90 Mk., an die Hauptkassse gefandt 7525,70 Mk., bleibt ein Bestand von 12512,19 Mk. Ausnahmen waren zu vergleichen 1195. Unsere Kassenverhältnisse bewegen sich fortwährend in aufsteigender Linie, ein Beweis für die geachtliche Fortentwicklung unserer tüchtigen Verwaltungsstelle. Dem Kassierer wurde von der Versammlung Decharge erteilt. Da die Zeit zu weit vorgeschritten, wird der letzte Punkt der Tagesordnung: „Warum lassen wir unsere Druckmaschinen nicht beim Hamburger „Echo“ drucken“, bis zur nächsten Versammlung verschoben.

NB. Die Beschwerde bei der Preßkommission wird nicht viel helfen, hat doch die Redaktion seit Monaten keinen Versammlungsbericht von Hamburg erhalten. Der Schriftführer wird sich halt die Beschlässe der letzten Verbandsgeneralversammlung recht gut eingepägt haben. D. R.

Seidelberg. In der letzten Versammlung wurde der Anstoß an das Gewerkschaftskartell vollzogen. Die Mitgliederversammlungen finden jeden Donnerstag nach dem 1. und 16. im Monat statt. Die Kollegen sind recht eifrig bei der Agitation und ist daher zu hoffen, daß die hiesige Verwaltungsstelle recht bald emporblüht.

Königsberg i. Pr. Der Kassenbericht ergibt eine Einnahme inkl. des Ortsfonds und des letzten Kassenbestandes von 2322,74 Mk., eine Ausgabe von 1033,04 Mk., mithin einen Kassenbestand am Schlusse des Quartals von 689,70 Mk. Von den Revisoren wird nach stattgehabter Revision die Erstellung der Decharge an den Kassierer beantragt, welche angenommen wird. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Quartals 434. Arbeitslos meldeten sich 7 Kollegen, Stellen wurden 7 gemeldet, besetzt konnten keine werden, da nicht passende Branchenkollegen vorhanden waren. — Im weiteren gibt Kollege Halber seine ausgearbeitete Bezirksmitteilung bekannt; er habe die Stadt in sechs Distrikte und diese wiederum in 36 Bezirke eingeteilt. Es soll auf diese Art mit den Verbandsmitgliedern mehr Fühlung gewonnen werden und die Befestigung des Verbandsorgans durch die Kollegen erfolgen. In der Distriktsion sprechen sich die meisten Redner für eine bestmögliche Einrichtung aus. Es wird der Vorstoß der Kollegen Halber angenommen. — Im Verlesenen werden noch mehrere Mißstände im Verufe zur Sprache gebracht, u. a. der Fall, daß bei Gebr. Baranß der Faktor den Schlüsselkasten nach Schluß des Geschäfts nach der Wohnung des Direktors bringen mußte, bis 10 Uhr abends aber vergeblich auf das Erscheinen desselben wartete, dierhalb den Schlüsselkasten zu sich nach der Wohnung nahm. Der Faktor wurde für diese ethische Aufsehwahrung aber entlassen. — Das Verbandsbureau wird laut Beschluß von jetzt ab nur von 8 bis 1 Uhr geöffnet sein.

Leipzig. Eine Versammlung der Geschäftsführer fand am 29. September im Saale der Flora statt. Der Bevollmächtigte referierte über die Bestimmungen der Fahrtschule, wie sie von dem Verein Leipziger Fuhrunternehmer und Verbedesker ausgearbeitet und von dessen Vorstehenden Herrn D. Jäger uns übermittlelt worden war. Redner ist der Meinung, daß dies immerhin ein Erfolg der organisierten Kollegen sei, indem sie dadurch wenigstens zum Teil von den Unternehmern mit anerkannt würden, zumal wir ja in die Lage kämen, einen Vertreter für die Prüfungskommission mit vorzuschlagen. Er empfiehlt sich an der Wahl eines Vertreters und eines Stellvertreters mit zu beteiligen. In entgegengezettem Sinne äußert sich der Kollege Schmidt I. Er vertritt sich nicht viel davon. Wenn die Fuhrunternehmer mit der Behörde es nicht durchführen wollten, daß jeder Geschäftsführer einen Fahrtschein über den Ausweis seiner Befähigung von der Fahrtschule haben müßte, so kämen sie in eine Zwangslage, die einem etwaigen Ausstand, weil sie Gefahr liefen, keine Geschäftsführer zu bekommen. Schmidt tabelt, daß man uns nicht zur Ausarbeitung der Bestimmungen hinzugezogen habe. Auch Schmidt II. aber für die Beteiligung an der Wahl eines Vertreters für die Prüfungskommission, da der Vertreter immerhin im Interesse der Kollegenchaft gut wirken könne. In demselben Sinne äußert sich der Kollege Weismange und eine Menge anderer Redner. Es wurde darauf zur Wahl geschritten und die Kollegen Sängerglaub als Vertreter, Weismange als Stellvertreter in die Prüfungskommission der Fahrtschule gewählt. Nach unerheblicher Debatte über Gewerkschaftliches wird beschlossen, unsern streifenden Kollegen in Berlin (Omnibusangestellte) ein Sympathietelegramm zu senden.

Magdeburg. Unsere von 500 Personen besuchte Generalversammlung tagte am Sonnabend, den 24. Oktober, im Dreifaltersaal. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Andenken von zwei verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Mägen. Den Geschäfts- und Kassenbericht gab der Kollege Bender. Die Gesamteinnahme betrug im dritten Quartal 4611,02 Mk. die Ausgabe 2001,09 Mk., an die Hauptkassse wurden 1893,93 Mk. gefandt; in der Vorkassse verbleibt am Schlusse des dritten Quartals ein Bestand von 911,90 Mk. Die Verwaltungsstelle zählte am Schlusse des dritten Quartals 1120 männliche und 1 weibliches Mitglied. Neu aufgenommen wurden im dritten Quartal 161 Kollegen. Versammlungen und Sitzungen fanden im dritten Quartal 42 statt. Diefelben waren durchweg gut besucht. Arbeitslos meldeten sich im dritten Quartal 79 Kollegen. An Arbeitslosenunterstützung erhielten 12 Kollegen insgesamt 145,90 Mk. Krankenunterstützung wurde an 24 erkrankte Kollegen im dritten Quartal insgesamt 241,67 Mk. gezahlt. An Sterbedeute wurde in zwei Fällen zusammen 60 Mk. gezahlt. Auskunst wurde in 53 Fällen erteilt. In 2 Fällen wurde in Klagenachen gegen Unfallversufgenossenschaften ein obsequentes Urteil erteilt. Lohnbewegungen von größerem Umfange fanden im dritten Quartal nicht statt. In einigen Betrieben wurden verbesserte Arbeitsverhältnisse eingeführt. Das ständige Steigen der Mägenberzahl zeigt dafür, daß in den Reihen der Handels- und Verkehrsarbeiter sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn bricht, daß nur durch eine feste Organisation die Verbesserung ihrer traurigen Lage herbeigeführt werden kann. Auf der anderen Seite rüftet man sich daher zum Kampf. Die Unternehmer erlassen Zirkulare, worin die Nichtorganisierten in ihren Neben aufgefodert werden, sich zu organisieren, damit sie der Gefahr, die ihrem Profit von selten der Arbeiter droht, geschloffen entgegenzutreten können. Bender schloß seinen befallig aufgenommenen Geschäftsbericht mit der Aufforderung, in der Agitation für die Organisation nicht zu erlahmen und treu zur Fahne zu halten. — Auf Antrag der Revisoren wurde dem Geschäftsführer einstimmig Decharge erteilt.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung brachte die Ortsverwaltung Anträge betreffs Bezirksmitteilung und den weiteren Ausbau des Vertrauensmännersystems ein. Die Anträge wurden einstimmig angenommen. Demnach wird Magdeburg in sieben Bezirke geteilt. An der Spitze

des Bezirkes steht der Bezirksleiter, welcher gleichzeitig Mitglied der Ortsverwaltung sein muß. Zu diesem Zwecke wird die Ortsverwaltung auf 16 Mitglieder vergrößert. Ferner sind die Kollegen verpflichtet, in Betrieben, wo drei Kollegen organisiert sind, einen Vertrauensmann zu wählen. Am das Vertrauensmännersystem in der neuen Form richtig durchführen zu können, soll eine Statistik über die Art der Beschäftigung und der Betriebszugehörigkeit unserer Kollegen aufgenommen werden.

Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde von verschiedenen Rednern angeführt, daß das im Juli erlassene Ortsstatut über die Sonntagstrube im Handelsgewerbe für eine große Anzahl Unternehmer nicht existiere. Es wurde beschlossen, in Zukunft jeden Unternehmer, der diese Bestimmungen übertritt, anzugehen. Auch wurde die Ortsverwaltung beauftragt, die königliche Eisenbahndirektion zu ersuchen, den Schluß der Annahme von Stützgut auf sämtlichen Magdeburger Bahnhöfen auf 6 Uhr abends festzusetzen.

Nachdem der Antrag, im Januar unser zehnjähriges Stiftungsfest im „Lulienpark“ zu feiern, angenommen war, forderte der Kollege Wötkcher die Mitglieder auf, sich rege an der Agitation für die Landtagswahl zu beteiligen und schloß mit einem Hoch auf den Verband die anregend verlaufene Versammlung.

Mürnberg. Für Dienstag, den 6. v. M., war seitens der hiesigen Zahlstelle wiederum eine Betriebsversammlung der Backer und Nagazinarbeiter der Nürnberger Metall- und Lackierwarenfabrik veranstaltet. Diefelbe verlief ausgezeichnet, trotzdem eine ganze Anzahl von Kollegen nicht erschienen, da allgemein bekannt war, daß seitens der Direktion zu dieser Besprechung einige Rundschafter, die treu zur Fahne hielten, dirigiert werden, um die Aufregung zu melde. Der Referent legte den Anwesenden in klarer Weise den Zweck und Nutzen der Organisation dar, und ermahnte sie, doch in die Reihen der übrigen Verbandskollegen zu treten, um dem Unternehmertum einig gegenüber zu stehen. Kollege Bauernfeld besprach in eingehender Weise die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma. Dabel betonte er, daß es nicht zu verlegen sei, in Nürnberg noch Eingros-Geschäfte zu wissen — allerdings nur wenige — wo unsere Berufscollegen einen niedrigeren Lohn erhalten, als dies bei der Hbg. Met. und Lack-Fabrik der Fall sei, es würden aber auch in keinem anderen Geschäft der Branche solch tolle Ansprüche an die Leistungen der Arbeiter gemacht, wie gerade bei genannter Firma. Hier werde nicht mehr mit Ueberlegung gearbeitet, sondern einfach darauf los geschnitten. Die Entlohnung der Arbeiter gleiche vielfach einer Abschlagszahlung, denn neben dem üblichen Wochenlohn, der zwischen 16 und 20 Mark schwankt, bekomme ein erheblicher Teil von Hackern z. monatlich ein paar Mark in Sparmarken, am Schlusse eines jeden Quartals einen kleinen Mietzuschuß und zu Weihnachten das sogenannte Weihnachtsgeschenk. Diese Vorenthaltung des verdienten Lohnes habe nur den ausgedehnten Zweck, die Arbeiter an das Geschäft zu fesseln; eine solche Vorenthaltung sei eines denkenden Arbeiters unwürdig und müsse Unguterdtheit hervorrufen. In der Distriktsion wurde angedeutet, man solle an die Direktion das Eruchen richten, dieses System der Lohnzahlung entsprechend dem Wunsche der Angestellten zu ändern, doch wurde hieroon aus tattlichen Gründen vorläufig Abstand genommen.

Einige öffentlichlich zur Ueberwachung der Versammlung gesandte Vertreter der Firma versuchten einige Richtigstellungen zu machen. Es hat sich aber gezeigt, daß die moderne Arbeiterbewegung diesen Leuten noch vollständig fremd ist, und dürfte es sich für die Firma empfehlen, in Zukunft geeignete Leute zum Unterhandeln zu schicken.

Nach einem kräftigen Schlusswort des Vorstehenden und nach Aufnahme einiger Kollegen in den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Stettin. Am Sonntag, den 18. Oktober, tagte Bismardstraße 10 eine öffentliche Versammlung. Der Referent legte seinem Vortrage den Auspruch des Volksmannes Johann Jakob zu Grunde: Die Gründung auch des kleinsten Arbeitervereins ist für die Welt von größerer Bedeutung, als die Schlacht von Sadowa. Es gehört gewissermaßen ein ganz Stück Energie dazu, im Siegestaumel der 60er Jahre diesen Auspruch zu gebrauchen, wenn auch in dem Kriege von 1866 Bruder gegen Bruder, Deutsche gegen Deutsche kämpften. Redner erinnerte an die allen bekannte Fabel von dem Könige, der auf dem Sterebette seine drei Söhne zu sich berief, ihnen ein Bündel Stäbe überreichte, um daselbe zu zerbrechen. Was den beiden älteren nicht gelang, erreichte der jüngere durch List, indem er die Stäbchen einzeln zerbrach. So wie dieses Bündel Stäbe seien die Arbeiter. So lange die Arbeiter zusammengehalten werden in der Organisation, so lange werden sie auch stark sein, der einzelne Arbeiter dagegen ist ein Nichts. Redner gab einige Zahlen zum Besten und erörterte an einigen Beispielen ausführlich, wie sich in einem Jahresfrist die Einnahmen über 100 000 Mark vermehrt haben. Deutschland sei ein Staat nationalen Reichthums, der Anspruch ist ganz richtig, aber der nationale Reichthum ist in einigen Handen zusammengefloßen und der übergroße Teil der arbeitenden Bevölkerung hat nichts davon gemerkt. Von vielen uns noch fernstehenden Kollegen wird häufig gesagt, die Organisation nützt uns ja doch nichts. Um auch diese Ansicht der Kollegen zu widerlegen, braucht man ihnen nur die von der Organisation geleisteten Unterleistungen vor Augen zu halten, ebenso die durch die Organisation erzielten Lohnaufbesserungen und Arbeitsverbederungen der Berufscollegen. Wenn hier in Stettin auch etwas Geringeres noch nicht erreicht worden ist, so liegt das nicht an der Organisation, sondern an den Berufscollegen selbst. Mit dem Wunsche, daß jeder Kollege in seinem Beruf, im Lager- und Badraum ein Agitator sei, die Organisation werde, schloß der Referent seinen 1/4stündigen Vortrag mit der Aufforderung an die Anwesenden, von der hier in Stettin in größter Blüthe stehenden Vereinsmeierei Abstand zu nehmen und sich dem Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter anzuschließen.

